

Psychologen müssen sich gedulden

Auch nichtärztliche Psychotherapeuten wollen über die Grundversicherung abrechnen können. Doch das Zulassungsverfahren zieht sich in die Länge.

SIMON HEHLI

Psychotherapeuten mit einem Abschluss in Psychologie fühlen sich benachteiligt: Sie dürfen ihre Leistungen nicht selber über die Grundversicherung abrechnen – im Gegensatz zu Psychiatern, die ein Medizinstudium absolviert haben. Wollen sie Geld von den Krankenkassen, müssen Psychologen heute «delegiert» tätig sein. Das heisst, sie sind bei einem speziell qualifizierten Arzt angestellt und stehen unter dessen Aufsicht. Schon seit einiger Zeit arbeiten verschiedene Branchenverbände auf eine Neuregelung hin (NZZ 5. 6. 15): Psychologische Psychotherapeuten sollen selbstständig tätig sein dürfen; damit eine Therapie kassenpflichtig ist, müsste sie jedoch von einem Arzt verschrieben werden. Dieses «Anordnungsmodell» entspräche jenem für Physiotherapeuten.

Wie der Psychologinnenverband FSP in seinem Dezember-Newsletter schreibt, intensiviert er zusammen mit den Partnerverbänden SBAP und ASP das Engagement für das Projekt «Psychotherapie in die Grundversicherung». Sie haben zu diesem Zweck im November die Agentur Köhler, Stüdeli & Partner mandatiert. Hauptziel der Lobbying-Bemühungen ist das Bundesamt für Gesundheit (BAG), das daran ist, einen «differenzierten Lösungsvorschlag» auszuarbeiten. Das BAG halte sich aber seit längerem bedeckt über den derzeitigen Stand im Prozess, kritisiert die FSP. Die Verbände hätten bereits mehrfach und intensiv nachgehakt, damit das Geschäft wieder stärker an Fahrt gewinne.

Das bleibt vorerst ein Wunsch. Wie das BAG der FSP in einem Brief beschied, verzögert sich die Behandlung des Geschäfts. Denn zuerst will das BAG einige grundsätzliche Fragen klären. Es sieht die mögliche Einführung des Anordnungsmodells als Teil eines grösseren Pakets zur psychischen Gesundheit in der Schweiz, zu dem auch ein «Aktionsplan Suizidprävention» und ein von der ständerätlichen Gesundheitskommission eingeforderter Bericht gehören.

Bei der Erarbeitung dieser Papiere ist das BAG auf «widersprüchliche Befunde» gestossen, die einer zusätzlichen Erklärung bedürften. So hat es festgestellt, dass in der Schweiz psychische Krankheiten zwar im internationalen Vergleich häufig auftreten, dass professionelle Hilfe jedoch seltener in Anspruch genommen wird. Im Widerspruch dazu steht wiederum, dass die Psychiaterrichte relativ hoch ist. Um die offenen Fragen zu klären, hat das BAG zwei Mandate ausgeschrieben. Auf Anfrage der NZZ erklärt ein Sprecher, dass die Prüfung des Anordnungsmodells bis Ende September 2016 geplant ist.

Obwohl dies zu Verzögerungen führt, begrüsst FSP-Sprecher Olivier Rüegg die vertieften Abklärungen. Denn auch sein Verband tappt bei der Frage, wieso bis jetzt relativ wenige Menschen mit psychischen Problemen professionelle Hilfe suchen, im Dunkeln. Es lässt sich nur spekulieren, inwiefern dieser Befund mit den bis anhin hohen Zugangshürden für Grundversicherte zusammenhängt – oder auch mit einer Stigmatisierung psychischer Krankheiten.

Ein Bericht des Gesundheitsobservatoriums aus dem Jahr 2013 hält denn auch fest, dass die Datenlage zur psychiatrischen Versorgung in der Schweiz sehr fragmentiert sei. Es bestehe ein dringender Bedarf nach einer gesamtschweizerischen, einheitlichen Statistik der ambulanten Behandlungen. Auch die Befundlage zur Epidemiologie psychischer Störungen in der Schweiz sei sehr mager. «Ohne verbesserte Datengrundlagen sind Analysen zur psychiatrischen Versorgung in der Schweiz sowie datengestützte regionale Versorgungsplanungen stark beeinträchtigt bis unmöglich», folgern die Autoren.

Landwirtschaft in der Krise

Laut dem Schweizer Bauernverband ist die Situation «besorgniserregend»

Nachwuchsprobleme, sinkende Wettbewerbsfähigkeit, Abhängigkeit vom Staat: Die Zukunft junger Landwirte und Landwirtinnen ist nicht rosig. Abhilfe schaffen soll die bereits eingereichte «Initiative für Ernährungssicherheit».

NADINE JÜRGENSEN, ZOLLIKOFEN

Geht es um die Schweizer Bauern, hat so mancher eine verklärte Sicht der Realität. Wie es wirklich ist, erzählen zwei junge Bauern und eine Bäuerin anlässlich des traditionellen Jahresmediengesprächs des Bauernverbands. Sie leben von der Zucht von Ziegen, Schweinen oder Kühen.

Die Wangen des 28-jährigen Nik Peterhans glühen, als er seinen als Personengesellschaft organisierten Betrieb mit zwei Höfen vorstellt, auf denen er, seine Frau, seine Eltern sowie der Cousin und dessen Frau wirtschaften. Dank dieser Aufteilung hat er jedes zweite Wochenende frei, keine Selbstverständlichkeit als Betriebsleiter. Von gesamt-

haft 8718 geleisteten Stunden im Jahr in dem Betrieb (ohne Ehefrauen und Angestellte) entfallen 2988 auf ihn – das sind über 62 Stunden pro Woche. Der Lohn der Bauern für ihre Arbeit allerdings, sagt der Direktor des Bauernverbandes, Jacques Bourgeois, sei auf vielen Betrieben oft nicht ausreichend, um den Familien eine Existenz zu bieten, oder auch im Vergleich zu anderen Berufen. Die Branche kämpft mit Nachwuchsproblemen: Jeder dritte Betriebsleiter über 50 Jahre hat keinen Nachfolger. Der Strukturwandel geht weiter. Jährlich verschwinden 2 Prozent der Betriebe, das sind 1300 bis 1400 pro Jahr.

Die junge Schweinezüchterin Fabienne Wyder hat einen Betrieb von 60 Muttertieren und 260 Remonten und baut auf 16 Hektaren Getreide an. Mehr Land wäre zu teuer, seit der Übernahme des Hofes von ihrem Vater sind die Bäuerin und ihr Mann verschuldet, Ferien gibt es nicht. Sie wünscht sich, kostendeckend und zu fairen Preisen produzieren zu können – und wehrt sich gegen das Bild der Bauern als «Subventionsempfänger und Tierquälern».

Zumindest die Abhängigkeit vom Staat ist ein Faktum, das selbst Bauern-

präsident Markus Ritter nicht schönreden kann (siehe Interview). Den Erhalt der bäuerlichen Familienbetriebe sieht er dennoch als Garanten des Fortbestands der Landwirtschaft in der Schweiz an. Mit der vor einhalb Jahren eingereichten «Initiative für die Ernährungssicherheit» will der Bauernverband den bestehenden Verfassungsauftrag für die Landwirtschaft erweitern. Damit soll die Produktion von Lebensmitteln zur Versorgung der Bevölkerung gestärkt werden bzw. wieder zur Hauptaufgabe gemacht werden.

Wie genau die Initiative dereinst umgesetzt werden soll, dazu nimmt Ritter noch keine Stellung. Es handle sich um eine grundsätzliche Stossrichtung für die künftige Gesetzgebung, die laufende Revisionen etwa bei der Raumplanung, bei der Lebensmittelgesetzgebung oder bei der Formulierung der Verordnung zum Swissness-Gesetz betreffen könnte. Der Grenzschutz solle zwar dabei nicht ausgebaut werden, aber ein weiterer Abbau müsse verhindert werden. Dass die Umsetzung eines Tages aber höhere Produktionspreise und damit ein besseres Einkommen bringen soll, liegt auf der Hand. Die Frage ist, wer dafür bezahlen wird.

Neue Ausbildung für Bäuerinnen

Die Bergheimatschule in Gurtellen wird nach zwanzig Jahren wiederbelebt

In Rekordzeit hat der Kanton Uri eine Schule für angehende Bäuerinnen aus der Taufe gehoben. Das Interesse an landwirtschaftlichen Berufen ist gross. Der erste Kurs war im Nu ausgebucht.

ERICH ASCHWANDEN, GURTNELLEN

Angesichts der Sparprogramme in vielen Kantonen sorgten Schulschliessungen und -zusammenlegungen in letzter Zeit immer wieder für negative Schlagzeilen. Umso erfreulicher ist es, wenn für einmal eine Ausbildungsstätte geschaffen wird, und dies an einem Ort, an dem man es nicht unbedingt erwartet: in Gurtellen, hoch über dem Urner Reusstal. Seit dem 3. Januar besuchen 16 angehende Bäuerinnen aus den Kantonen Uri, Schwyz und Zug dort den ersten Kurs der Bergheimatschule.

Ersatz für Kloster Fahr

Dass die von 1946 bis 1996 an gleicher Stelle bestehende Schule gerade jetzt ein Comeback feiert, hängt eng damit zusammen, dass die Bäuerinnenschule im Kloster Fahr im Sommer 2013 ihre

Türen schliessen musste. «Ganz nach dem Motto «Jetzt oder nie!» mussten wir diese Chance nutzen», erklärt der Urner Bildungsdirektor Beat Jörg. Daraufhin legten die Urner den Turbo ein. Im Juni 2013 überwies das Parlament eine entsprechende parlamentarische Empfehlung, nach anfänglicher Skepsis arbeitete die Regierung ein Pilotprojekt über zwei Jahre aus, für welches der Landrat vor etwas mehr als vier Monaten Kredite von rund 275 000 Franken sprach.

Rasch zeigte sich, dass die Nachfrage für die Ausbildung zur Bäuerin beziehungsweise zum bäuerlichen Haushaltsleiter mit Fachausweis gross ist. Inert sechs Stunden war der erste Kurs ausgebucht. Von Januar bis Mai leben die 16 Teilnehmerinnen nun im Bergdorf und besuchen praxisnahe Kurse in Fächern wie Hauswirtschaft, bäuerlichem Recht oder Kleintierhaltung. Zum Haus gehört denn auch ein eigener Hühnerstall.

Zur Generation der neuen Bäuerinnen gehört Seline Jauch aus Isenthal (Uri). Die gelernte Fachangestellte Gesundheit will mit ihrem Freund in Bristen einen Bauernhof übernehmen und erhofft sich von der Ausbildung in Gurtellen unter anderem Tipps für die Übergabe eines Hofes von einer Generation zur nächsten. «Ich freue mich dar-

auf, in den kommenden 18 Wochen mit anderen jungen Frauen zusammen eine vielfältige Ausbildung zu absolvieren und von ihren Erfahrungen zu profitieren», sagt Jauch. Nicht alle Absolventinnen, unter denen es Schneiderinnen, Malerinnen und Floristinnen hat, wollen Vollzeit-Bäuerinnen werden. Einige betrachten die Zeit im Internat als ergänzende Ausbildung.

Geleitet wird die Bergheimatschule vom Ehepaar Alexandra Fux und Cyrill Hörler. Fux will bei der Ausbildung das Schwergewicht auf eine nachhaltige Hauswirtschaft legen, etwa was den Umgang mit Nahrungsmitteln betrifft.

Chance für das Reusstal

Beat Jörg betrachtet das neue Angebot als Chance für das mittlere Reusstal, das zwischen dem sich rasch entwickelnden Urner Talboden und dem Tourismusort Andermatt zwischen Stuhl und Bank zu geraten droht. Nicht nur die Bäuerinnenschule soll für neue Impulse sorgen. Im Sommerhalbjahr wollen die Schulleiter Kurs- und Weiterbildungsangebote in den verschiedensten Bereichen anbieten. Die ursprüngliche Bergheimatschule wurde 1946 mit Geldern finanziert, die der Bund für von der Armee vergiftetes Vieh an Uri zahlte.

IN KÜRZE

.swiss-Internetadresse jetzt auch für Vereine

(sda) · Ab kommender Woche können auch Vereine und Stiftungen eine Internetadresse mit der Endung .swiss beantragen. Ausserdem sind neu Branchenadressen wie hotel.swiss oder watch.swiss möglich. Bisher war die Domain auf Firmennamen und eingetragene Marken beschränkt. Am 11. Januar beginnt nun die zweite Registrierungsphase für .swiss-Internetadressen, wie das Bundesamt für Kommunikation (Bakom) am Dienstag mitteilte. Neu können damit Gesuche für Produkt-, Slogans, geografische Bezeichnungen oder Phantasienamen gestellt werden. Wer eine .swiss-Internetadresse möchte, muss einen Geschäftssitz und einen physischen Verwaltungssitz in der Schweiz sowie einen klaren Bezug zur

Internetadresse aufweisen. Privatpersonen sind weiterhin ausgeschlossen. Generische Domain-Namen wie hotel.swiss müssen in den Dienst der gesamten betroffenen Branche gestellt werden.

Finanzperspektiven für St. Gallen angespannt

(sda) · Die St. Galler Regierung rechnet für die Jahre 2018 und 2019 mit Defiziten von 22,9 und 36,8 Millionen Franken. Längerfristig wird davon ausgegangen, dass der Aufwand schneller wachsen wird als der Ertrag und der Kantonshaushalt weiter unter Druck geraten könnte. Nach dem Budget 2016 ein Defizit von rund 31 Millionen Franken aufweist, erwartet die St. Galler Regierung für 2017 einen Ertragsüberschuss von rund 365 Millionen Franken. Dieses Ergebnis sei hauptsächlich auf einen ausserordentlichen Aufwertungsgewinn von rund 304 Millionen Franken auf-

grund der geplanten Übertragung der Spitalbauten an die Spitalverbände zurückzuführen, sagte Finanzdirektor Martin Gehrer am Montag vor den Medien.

325 Millionen für Nachrüstung von Polycorn

(sda) · Das Funknetz Polycorn, über das Polizei, Feuerwehr oder Teile der Armee verschlüsselt kommunizieren, muss nachgerüstet werden. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (Babs) hat dazu einen Auftrag in der Höhe von 324,8 Millionen Franken vergeben. Die eingesetzte Technologie befindet sich im Eigentum einer Firma, sagte Babs-Sprecher Kurt Münger auf Anfrage. Da Atos in der Schweiz als einzige Firma diese Lizenz verbehalte, sei die Vergabe freihändig erfolgt, wie Radio SRF berichtet. Das sei rechtlich möglich, wenn wegen einer technischen Besonderheit nur ein Anbieter infrage komme.

«Das Mittelland würde zu einem einzigen Wald»

Das Zukunftskonzept der Bauern

Was ist das Ziel der Ernährungssicherheitsinitiative des Bauernverbands?

Es ist ein grundsätzlicher Auftrag für künftige Gesetzesvorlagen. Der Kulturlandverlust, das Bevölkerungswachstum und der Klimawandel sind Probleme, auf die wir reagieren müssen. Dürren wie in den USA oder Afrika werden auch uns betreffen.

Sie zeichnen ein düsteres Bild der Zukunft, auch in Hinblick auf die wirtschaftlichen Aussichten von jungen Landwirten. Ist das Volksbegehren eine Stopp-den-Strukturwandel-Initiative?

Das kann man so nicht sagen, momentan ist die Lage eher umgekehrt. Die Erträge sind so tief, dass auf den meisten Betrieben keine Fremdarbeitskräfte eingestellt werden können, das gilt insbesondere für die Milchwirtschaft. Wenn sie keine bäuerlichen Familienbetriebe hätte, dann gäbe es in weiten Teilen gar keine Milchwirtschaft mehr.

Landwirtschaft in der Schweiz ist ohne staatliche Unterstützung also unmöglich. Die Direktzahlungen sind direkt an Leistungen gebunden, die einen Verfassungsauftrag erfüllen. Das ist völlig unabhängig von den Marktpreisen für die landwirtschaftlichen Produkte.

Dient die Ernährungsinitiative der Bauern dazu, das heutige System zu erhalten, das in einem globalen Marktumfeld nicht bestehen könnte?



Markus Ritter
Präsident Schweizer Bauernverband

Wirtschaftlich ist die Schweizer Landwirtschaft ohne Grenzschutz und ohne Direktzahlungen im internationalen Umfeld nicht kompatibel, das stimmt. Grundsätzlich würde dieser Wirtschaftszweig ohne Massnahmen also verschwinden, etwa wie die Textilwirtschaft damals. 1996 hat sich das Volk aber für den landwirtschaftlichen Verfassungsauftrag ausgesprochen. Damit sind den Bauern zahlreiche Aufgaben übertragen worden. Dieser muss angesichts neuer Herausforderungen ergänzt werden.

Die Schweizer Landwirtschaft ist auf Importe aus dem Ausland angewiesen.

Trotzdem haben wir noch eine geschlossene Wertschöpfungskette in der Schweiz. Die Produktion von Lebensmitteln auf unserem Boden nimmt den Bauern niemand ab. Wir warnen den Bundesrat bloss, aufzupassen, was auf die Landwirtschaft in den nächsten Jahren noch zukommen wird.

Die bestehenden Strukturen der Landwirtschaft zu erhalten, ist nicht günstig.

Wir haben seit 1990 ungefähr 40 000 Betriebe verloren, heute bestehen noch rund 54 000. Die heutigen Direktzahlungen werden nicht pro Betrieb bezahlt, sondern sind abhängig von der Fläche und konkreten Leistungen. Der finanzielle Aufwand bleibt also gleich.

Der Bedarf der Schweiz könnte grösstenteils durch Importe gedeckt werden.

Solche Gedankenspiele kann man machen, der Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt (BIP) beträgt ja nur zwischen 0,4 und 0,8 Prozent. Allerdings gäbe es weder Schweizer Lebensmittel noch eine hiesige Verarbeitungsindustrie mehr, und rund 250 000 Arbeitsplätze gingen verloren. Die Alpen würden verbuschen, das Mittelland zu einem einzigen Wald, die Biodiversität nähme ab. Heute kosten alle agrarpolitisch wirksamen Massnahmen 6 Milliarden Franken, das ist ein Prozent des BIP. Ist es uns das wert? Bisher hat das Volk immer Ja dazu gesagt.

Interview: Nadine Jürgensen